DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V. 2/83

Schon gelesen -

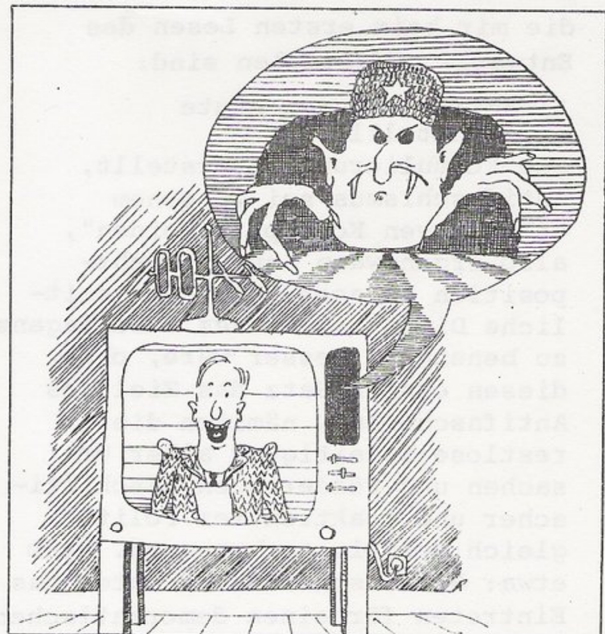
den Entwurf zum Orientierungs- und Aktionsprogramm?
Nein?
Dann aber nichts wie ran!
Am I2./I3. Februar I983 wollen wir in Seppensen darüber diskutieren.
Der 30. Januar I983 ist vorbei und mit ihm wird auch wieder das plötzliche Geschichtsinteresse der Literaturverlage und Massenmedien an der Zeit des Faschismus schwinden.
Die Aufklärung der Jugend im Sinne antifaschistischer Tradition und die Vermittlung der aus ihr hervorgehenden Alternativen bleiben notwendige Aufgaben.
In diesem Sinne wollen wir das Programm auf seine politische Bedeutung für unsere Arbeit untersuchen. Das Wochenende soll überblickartig mit der programmatischen Entwicklung von der VVN zum Bund der Antifaschisten vertraut machen. Wir sollten die meiste Zeit nutzen, uns intensiv mit dem Programm selbst auseinanderzusetzen. Deshalb schlagen wir drei Arbeitsgruppen mit den folgenden Themenschwerpunkten vor:

I. Geschichte
Welche Aussagen zu Ursachen und Wirkung des Faschismus und zur historischen Bedeutung des antifaschistischen Widerstandskampfes macht das Programm? Hilft es uns bei der aktuellen Diskusion mit der Jugend?

2. Neonazismus
Was macht das Programm für Aussagen zum Neonazizimus? Wie wird die Ausländerfeindlichkeit eingeordnet? Bietet es Handlungsansätze für die Auseinandersetzung mit neonazistischen Kräften?

3. Friedenskampf
Die entscheidende Aufgabe der Gegenwart - ist die Erhaltung des Friedens!
Welche Aussagen macht das Programm zur aktuellen Situation und welche Handlungsperspektive über das Jahr I983 hinaus wird in dem Programm aufgezeigt?

Also dann -
am I2.2 pünktlich 9.30 Uhr
Buchtstr. I2 Abfahrt
Anmeldevoraussetzungen -
Gute Laune!



„Aus Washington wird gemeldet: Die US-Regierung hat ihren Verbündeten eine Dokumentation über die sowjetische Rüstung und die Bedrohung des Westens zugeleitet. Das höchst zuverlässige Material stellte die CIA zusammen."

Karikatur: Ro

O&A Programm

Grundlagen und Ziele antifaschistischer Politik

Das Präsidium hat den Entwurf des Orientierungs- und Aktionsprogramms vorgelegt, dessen Verabschiedung auf dem Bundeskongreß am I3. - I5. Mai erfolgen soll. Der Text des Entwurfes ist in der Geschäftsstelle erhältlich. Alle Gruppen, Mitglieder und Interessierte sind aufgerufen, diesen Entwurf zu diskutieren und Änderungsvorschläge vorzulegen. Das Programm wird auch im Mittelpunkt der Jahreshauptversammlungen, der Landeskonferenz und des Wochenseminars am I2./I3. Februar stehen. Um die Diskussion auf eine breitere Grundlage zu stellen, wird der "Bremer Antifaschist" in den nächsten Ausgaben Meinungsäußerungen zu dem Entwurf veröffentlichen. Wir bitten um rege Beteiligung an dieser "Meinungsecke".
(Redaktion)

Drei Anmerkungen zum Programmentwurf

In aller Kürze zu drei Punkten, die mir beim ersten Lesen des Entwurfs aufgefallen sind:

I) Antifaschismus heute (Punkt lll. I)

Die Formulierung unterstellt, Antifaschismus sei zu einem "positi_ven Konzept geworden", also irgendwann "nur" Abwehrposition gewesen, ohne die zeitliche Dimension dieses Umschlagens zu benennen. Besser wäre, ohne diesen ersten Satz das Ziel des Antifaschismus, nämlich die restlose Beseitigung aller Ursachen und Förderungen faschistischer und reaktionärer Politik, gleich positiv zu benennen. Also etwa: Antifaschismus bedeutet das Eintreten für einen demorkatischen Staat, die Demokratisierung aller gesellschaftlichen ..., die Beseitigung der ökonnomischen und politischen Macht aller Konzerne, Banken und Medienriesen. Selbstverwaltung, für demokratische Bildung und Erziehung in der Innenpolitik; für Abrüstung , Friedens- und Entspannungspolitik und Anerkennung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz in der Außenpolitik.

2) Wirtschaftliche und soziale Fragen

Der Entwurf bleibt in den Punkten III.5 und III.6 recht allgemein und verweist lediglich materiell auf Verhinderung weiteren Sozialabbaus und formal auf Grundgesetz und DGB. Es sollte ein eigenes positives Konzept für ökonomische und ökologische Fragen, für eine an den Interessen der Bevölkerung orientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik entwickelt werden - hilfreich wären dazu die "Alternativgutachten".

3) Zur Schwulenfrage

Neben anderen Minderheiten gehörten und gehören Schwule wegen ihrer sexuellen Orientierung und gesellschaftlichen Randstellung zu Opfern staatlicher Unterdrückungsmaßnahmen. Im Sinne der Durchsetzung demokratischer Rechte muß sich die VVN-BdA dagegen aussprechen und für die Entschädigung der Opfer eintreten. In III.4 sollte daher eingefügt werden: "Die VVN-BdA wendet sich gegen jegliche Benachteiligung homosexueller Frauen und Männer. Sie tritt für die ersatzlose Steichung des § I75 StGB ein." In Punkt III.9 sollte daher eingefügt werden: "Die VVN-BdA tritt für die Entschädigung homosexueller KZ-Opfer ein."

Merke: Man muß nicht Neger sein, um gegen Rassismus zu kämpfen; man muß nicht schwul sein, um gegen die Unterdrückung der Schwulen einzutreten.
(Joachim Bleckwehl)

Wer kommt in Frage?

Kameradinnen und Kameraden, denen eine Entschädigung abgelehnt wurde, weil sie in einem nicht anerkannten K.Z. oder Nebenlager waren, können jetzt Anträge stellen. Mit der Verordnung vom 24. Nov. I982 (3. Änd V- 6. DV-BEG) wurde eine neue Liste jetzt anerkannter Lager bekanntgegeben, die im Büro einzusehen ist. Der Antrag sollte umgehend gestellt werden.

Termine

Gruppe West: Mitgl. Vers. am 1.2.83 um 19:30 Uhr im JFH Walle

Gruppe Süd: Mitgl. Vers. am 16.2. um 19:30 Uhr im JFH Geschworenenweg

Gruppe Ost: Mitgl. Vers. am 25.2. um 19:30 Uhr, Weserterassen

X Neonazis in Bremen, Referat mit Diskussion, findet am 7.2.83 und nicht am 17.2.83 in den Weserterassen statt (Datum im letzten 'Bremer Antifaschist' falsch angegeben!). Referent: Harald Brand. Die Veranstaltung ist öffentlich und alle unsere Gruppen sind aufgefordert teilzunehmen.

Die vielen Termine anläßlich des Jahres 1983 können wir nicht alle drucken.
Es wird verwiesen auf die Zusammenstellung der Landeszentrale für politische Bildung, von der auch ein begrenztes Kontingent im Büro vorrätig ist.

3 nach 9

Nur zufällig erfuhren Bremer Antifaschisten von einem vorgesehenen Auftritt des Neonazi Michael Kühnen in der Sendung "3 nach 9". Zusammen mit Erich Fried, Bremer Literaturpreisträger 1983, Konstantin Wecker, der Schauspielerin Elisabeth Trissenaar, Richter Rolf Bender und Dietrich Güstrow, der im 3. Reich als Strafverteidiger tätig gewesen war, sollte er an einer Gesprächsrunde über Rechtsextremismus und Neofaschismus in der Bundesrepublik teilnehmen.
Gegen diese Einladung erfolgte der unmittelbare Protest der antifaschistischen Organisationen, der VVN-Bund der Antifaschisten, der DFU, der DKP, der SDAJ, u.a.. Die massiven Proteste der Bremer Antifaschisten führten schließlich dazu, daß Kühnen wieder ausgeladen wurde. Trotz dieser erfolgreichen Verhinderung eines neonazistischen Auftritts versammelten sich spontan bereits Stunden vor dem Sendebeginn zahlreiche Demonstranten bei Radio Bremen, um noch einmal nachdrücklich ihrem Protest über eine solche Einladung Ausdruck zu verleihen und um mit den eintreffenden Gästen zu diskutieren: Darüber, ob man einem erklärten Neonazi die Möglichkeit geben sollte, in Funk und Fernsehen volksverhetzende Parolen öffentlich zu verbreiten und sich auch noch von angekündigten Gesinnungsgenossen unter den Gästen unterstützen zu lassen.
Über die diesen Vorfall wird "Die Tat" in einer kommenden Ausgabe berichten. Wir bitten deshalb, den ausführlicheren Artikel zu beachten.

Einladung zur Jahreshauptversammlung

für den Kreis Bremen am Sonntag, den 27. Februar um I4 Uhr in den Weserterassen, Osterdeich
Tagesordnung:
I) Einschränkung der Tätigkeit
2) Aussprache
3) Wahl der Delegierten zur Landesdelegiertenkonferenz
4) Anträge
5) Schlußwort

Eine weitere Einladung erfolgt nicht.

Die Kameradinnen und Kameraden werden gebeten, Kuchen zum Kaffee zu spenden, oder umgekehrt. Wer etwas spendet, teile es bitte mit unter
Tel.: 32 35 7I oder 6I I2 62.

X Bitte Mitgliedsbücher mitbringen! (Buch-Kontrolle)

Christen appellieren

Erklärung zur Verhaftung von 4000 Kommunisten am 28. Februar I933 - vor 50 Jahren.

Am 28. Februar I933, einen Tag nach dem Reichstagsbrand, wurden etwa 4000 Kommunisten verhaftet. Damit begann der Leidensweg der Arbeiterbewegung unter dem Faschismus, dem viele Sozialdemokrataten, Sozialisten, Kommunisten und Gewerkschafter zum Opfer fielen.

Die Kirche schwieg.

Millionen andere wurden in den Jahren I933 bis I945 umgebracht.
Die Kirche schwieg.
Als Hitler I94I die Sowjetunion überfiel, um den Kommunisten ein Ende zu bereiten, schickten die Kirchen Glückwunschtelegramme. Hätten die Kirchen geschwiegen!
Nach der Befreiung vom Faschismus waren aufgrund der bitteren Erfahrungen sich viele Christen mit den Sozialdemokraten, Liberalen und Kommunisten einig, gemeinsam eine Demokratie aufzubauen, in der die Rechte aller Menschen garantiert werden. Gegen das aus diesen gemeinsamen Anstrenungen entstandene Grundgesetz wurde gleich wieder der Antikommunismus geschürt, der I956 zum Verbot der Kommunistischen Partei führte. Kommunisten, die II Jahre vorher die KZ-Haft überstanden hatten, wurden aufs neue verhaftet.

Die Kirche schwieg.

Der Radikalenerlaß von I972 führte zum Berufsverbot für viele Kommunisten.
Die Kirche schweigt.
Die alte Lüge von der Bedrohung aus dem Osten dient jetzt zu einer atomaren Aufrüstung, die die ganze Welt vernichten kann. Der wachsene Widerstand in der Bevölkerung gegen die geplante Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles soll gebrochen werden mit der Parole: Kein Bündnis mit Kommunisten!
Es ist höchste Zeit, daß die Kirche redet wie es bereits das Moderamen des Reformierten Bundes in seiner Erklärung "Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friesensverantwortung der Kirche" getan hat. Darin heißt es u. a.: Die Sorge um den guten Ruf darf uns nicht abhalten, gemeinsam mit Nichtchristen für den Frieden zu arbeiten."

Die unterschriebene Erklärung bitte senden an:
Pastor Louis von Zobeltitz - Stephani Kirchhof 5 - 2800 BremenI.

Landesdelegiertenkonferenz

am 12. März 1983 um 14 Uhr im Blauen Saal des Niederdeutschen Theaters in Bremen, Waller Heerstraße.

Tagesordnung:
1. Konstituierung
2. Rechenschaftsbericht
3. Kassenbericht
4. Aussprache
5. Wahlen
6. Schlußansprache

Wir bitten die Delegierten, rechtzeitig zu erscheinen.

Diese Mitteilung gilt als Einladung.
Der Landesvorstand

Hrsg: VVN/Bund der Antifaschisten ViSdP: W.Hundertmark Buchtstr. 12 28 Hb

Februar 1933

1.2.33
Im Rundfunk verliest Adolf Hitler die Regierungserklärung des neuen Reichskabinetts.

4.2.33
Hans Grimm, Autor des Buches "Volk ohne Raum", das 1926 erschien und die Expansionsvorstellungen der Nazis in Richtung Osten der Bevölkerung einsichtig machen sollte, hält im Deutschen Kolonialverein, Ortsgruppe Bremen, einen Vortrag.

4.2.33
Die Eiserne Front, Kampforganisation der SPD gegen SA- und SS Terror, veranstaltet einen Aufmarsch gegen die Machtübertragung durch Hindenburg an Hitler. 1oooo Menschen nehmen daran teil.

?.2.33
1 25o Kommunisten (Zahl nach Polizeibericht) ziehen mit Fahnen und Transparenten durch Walle. Eine Kundgebung für die gefallenen Verteidiger der Bremer Räterepublik war verboten worden. Nur eine Delegation von 15o Personen war zur Kranzniederlegung zugelassen. Am nächsten Morgen trafen sich 1 3oo Personen im Casino aus gleichem Anlaß zu einer Gedenkfeier. Am 6.2. fand eine Kranzniederlegung auf dem Woltmershauser Friedhof statt, auf dem auch einige Tote der Revolution von 1919 bestattet waren.

1o.2.33
Die Nazis veranstalten in den Casinosälen eine Wahlkundgebung, auf der General Litzmann spricht. Die KPD hielt zur gleichen Zeit beim Fockemuseum eine Gegenveranstaltung ab.

14.2.33
"Antifaschisten auf nach Bremen", so lautete der Aufruf des Kampfbundes gegen den Faschismus an alle Arbeiter und Werktätigen Norddeutschlands zu einem Bezirkstreffen am 12.2.33. Die Polizei verbot die Veranstaltung unter Berufung auf die Notverordnung vom 4.2.33, die die Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit drastisch einschränkte. Beschwerde gegen das Verbot wurde vom Senat am 11.2.33 zurückgewiesen.

15.2.33
Die "Bremer Nationalsozialistische Zeitung", bisher ein Mittagsblatt, erscheint ab sofort als Morgenblatt, offensichtlich, um den Einfluß traditioneller, noch nicht gleichgeschalteter Zeitungen einzudämmen.

25.2.33
Die "Arbeiterzeitung", Organ der KPD wird für sechs Tage (vom 25.2.-2.3.33 einschließlich) verboten. Nach dem Reichstagsbrand allerdings konnte die Zeitung nicht wieder erscheinen. (Verbot durch den Senat). Am 28.2. werden die Maschinen der "AZ" beschlagnahmt und versiegelt.



Trotzdem!

Zeichnung in der sozialdemokratischen „Bremer Volkszeitung" am 25./26. Februar 1933.

25.2.33
Einheitsfrontkundgebung auf dem Liegnitzplatz mit Robert Stamm gegen den aufkommenden Faschismus. Robert Stamm wirkte zu diesem Zeitpunkt als Bremer KPD-Abgeorneter im Reichstag. 1935 von der Gestapo ergriffen, wird er 1937 in Berlin-Plötzensee ermordet.

26.1.33
Kundgebung der NSDAP auf dem Spielplatz an der Nordstr., wie üblich unter starkem Polizeischutz. Wahlkundgebung der "Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" und Stahlhelm (beide Deutsch-nationale Volkspartei) im Casino. Vizekanzler Franz von Papen ist der Redner: "Am Ende dieser Entwicklung muß die Zertrümmerung aller Parteien stahen oder diese Epoche der deutschen Geschichte würde völlig ihren Sinn verloren haben." An dieser seiner Aussage in Bremen wird Papens Position nicht nur zur SPD und KPD, sondern auch zu einer bürgerlichen Demokratie wie der Weimarer Republik deutlich.

27.2.33
Reichstagsbrand in Berlin. Die Faschisten inszenierten den Reichstagsbrand, um eine Handhabe zur Verfolgung aller linken Kräfte herzustellen.
28.2.33
Erlaß der "Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat" und der "Verordnung des Reichspräsidenten gegen Verrat am deutschen Volke und verräterische Umtriebe", wodurch die Grundrechte des deutschen Volkes außer Kraft gesetzt wurden.
Diese beiden Verordnungen sollten die vorbereitete Verhaftungswelle legalisieren, der bereits am 28.2. auch in Bremen viele KPD-Mitglieder zum Opfer fielen.

Verbot der 'Arbeiter-Zeitung'

Unser folgender Beitrag ist ein Augenzeugenbericht von W. Seipel über die Besetzung der Druckerei der "Arbeiter-Zeitung" in Bremen.



Am ersten März, am Tag nach dem Rei Reichstagsbrand, stürmten gegen 13 Uhr die Besatzungen von zwei Überfallwagen der damaligen Bereitschaftspolizei das 'Rote Haus' (das Parteihaus der KPD) in Bremen sowie die Redaktionsräume der "Arbeiter-Zeitung" und das Druckereigebäude, in dem die "Arbeiter-Zeitung" gedruckt wurde.
Wir, die Setzer und Drucker und das andere Personal, bekamen 2 Minuten Zeit, die Druckerei zu verlassen. Die hereinstürmenden Bereitschaftspolizisten, die wie immer Gewehre trugen, stürmten in die Setzerei und Druckerei und fegten die fertigen Sätze von den Montagetischen und rissen die Setzkästen aus den Regalen. Sie verwüsteten die Druckerei. Das konnten wir in dieser kurzen Zeit noch sehen.
Die "Arbeiter-Zeitung" selbst war schon, wie so oft, seit Tagen verboten. Die Rotationsmaschine war angekettet und versiegelt. Aber auf den Flachdruckmaschinen wurde bis dahin noch gedruckt.
Ein im Satz fertiger Aufruf des ZK der KPD gegen den faschistischen Terror und gegen die Reichstagsbrandlüge, mit der die Kommunisten zu Brandstiftern am Reichstag gestempelt werden sollten, konnte nicht mehr in Druck gehen.
Wir, die Belegschaft, wurden unter Drohungen sofort aus dem Betrieb gedrängt. Mit Mühe gelang es mir noch, mein Fahrrad zu retten.

Im Parteihaus der KPD, dem 'Roten Haus', fanden die Polizeikommandos nichts mehr vor, was sie zerstören oder beschlagnahmen konnten. Die Parteiführung war schon in Erkenntnis des kommenden Terrors seit Tagen in die Illegalität gegangen. Das Haus war bis auf den letzten Stuhl geräumt. (Berichte, daß dort noch gearbeitet wurde und Flugblätter abgezogen wurden, beziehen sich auf einen ganz anderen Termin.)

Bekannt ist, daß das 'Rote Haus' und das anliegende Druckereigebäude der SA übergeben wurde und in "Johann Gossel Haus" umbenannt wurde. Im Papierkeller der Druckerei richtete die SA einen Folterkeller ein. Hier haben viele Antifaschisten das Schlimmste erlebt, wurden bis zur gewünschten Aussage aufs grausamste gefoltert.

Zum Schluß ein persönlicher Hinweis:

Ich war 6 Jahre in dem Druckereibetrieb beschäftigt, in dem die "Arbeiter-Zeitung" gedruckt wurde, ebenso alle Drucksachen der KPD, aber auch normale Firmenaufträge. (4Jahre als Schriftsetzer in der Lehre und 2 Jahre als Geselle.)
Ich habe also bis zum Tage der Besetzung der Druckerei dort gearbeitet. Sie war nicht Eigentum der KPD, sondern Genossenschaftseigentum, und hieß "Nordwestdeutsche Druckerei GmbH".